

«Mathematisch wäre es alleine schwierig»

WAHLEN 2015 DOMINIK SCHÜRMAN (23), PRÄSIDENT DER FINDUNGSKOMMISSION DER BDP LUZERN, ZU DEN WAHLEN (TEIL 5)*

Die Luzerner Parteien sind in den Startlöchern: In einem halben Jahr sind kantonale Wahlen, in einem Jahr nationale Wahlen. Diese Zeitung spricht daher mit allen Luzerner Parteichefs über ihre Wahlziele.* Diese Woche ist Dominik Schürmann, Präsident der Findungskommission eines neuen BDP-Präsidenten, dran.

Dominik Schürmann, seit Sommer ist die BDP Luzern ohne Präsident. Wie stehts um die Nachfolge?

Gut, wir sind dran, den Vorstand breiter abzustützen. Wir nehmen uns genügend Zeit, um für das Wahljahr 2015 optimal bereit zu sein.

Was heisst das konkret?

Wir haben noch keine Person bestimmt.

Bis wann wollen Sie einen neuen Präsidenten vorstellen?

Bis Ende Jahr. Das Ziel ist jedoch, dass wir früher eine Person haben. Die Planung der Wahlen 2015 läuft seit April.

Am 1. November wird die BDP sechs Jahre alt. Braucht es die Partei über die Zeit von Evelyn Widmer-Schlumpf hinaus?

Absolut. Seit rund drei Jahren ist eine neue Generation von Leuten in der Partei. Sie ist motiviert, lösungsorientiert und kompromissbereit. Die BDP verbindet Leute, die ähnlich denken.

Warum braucht der Kanton Luzern eine BDP?

Weil wir uns etwa als einzige Partei gegenüber dem Tiefbahnhof kritisch geäussert haben. Wir vernachlässigen die kleinen Probleme nicht.

Was verstehen Sie unter «kleinen Problemen»?

Als Partei haben wir die Funktion, der

Bevölkerung eine Stimme zu geben. Viele Politiker sind getrieben von Initiativen, das ist schade, denn das sind meist keine alltäglichen Probleme. Die BDP will diese nicht aus den Augen verlieren.

Welches Ziel streben Sie bei den Kantonsratswahlen an?

Wir möchten einen Sitz im Kantonsrat erreichen, sind jedoch nicht so ambitioniert, in allen Wahlkreisen mit Kandidaten antreten zu wollen. Grundsätzlich würden wir auch ohne Sitzgewinn weiterhin ins politische Geschehen eingreifen.

In welchen Wahlkreisen tritt die BDP nicht an?

Wir verzichten aufs Entlebuch und klären noch ab, ob wir im Wahlkreis Willisau zu den Wahlen antreten.

Das heisst, die BDP hat im Wahlkreis Sursee Kandidaten?

Ja, wir werden eine Liste mit mehreren Personen haben. Aber wir halten noch weiter Ausschau nach Kandidaten.

Sie wohnen in Oberkirch und kandidieren auch?

Ich werde auf der Liste sein, will jedoch im Hintergrund bleiben und keinen Listen-Spitzenplatz besetzen.

Warum diese Zurückhaltung?

Als ich vor zwei Jahren der BDP beitrete, sagte ich scherzhaft, dass ich 2019 für die BDP im Bundesrat bin. Damals studierte ich noch, heute arbeite ich zu hundert Prozent.

Hat die BDP Kandidaten für den Regierungsrat und den Nationalrat?

Auf den Regierungsratswahlkampf verzichten wir, für den Nationalrat kandidieren wir mit mehreren Personen. Die Namen verraten wir noch nicht.



Dominik Schürmann aus Oberkirch sucht zurzeit einen neuen Präsidenten für die BDP Luzern. Bis spätestens Neujahr möchte er einen Namen präsentieren. FOTO STI

Laura Kopp hat letzte Woche in dieser Zeitung gesagt, es gehe der GLP nicht ums Wegnehmen von Stimmen bei anderen Parteien, sondern die GLP konnte 2011 Wähler mobilisieren, die sich von keiner traditionellen Partei richtig vertreten fühlten. Trifft das auch auf die BDP zu?
Diese Aussage kann ich nicht direkt unterschreiben. Wir haben sowohl Neuwähler als auch solche Wähler,

die eine gewisse Frustration mit anderen Parteien erlebten.

Parteipräsident Martin Landolt bezeichnet die BDP als modern und innovativ. Was heisst das?

Wir schrecken nicht zurück, neue Lösungen auszuprobieren. Wenn gute Ideen von links oder rechts kommen, unterstützen wir diese unter Umständen. Zudem lassen wir Kreativität innerhalb der Partei zu. Intern können unsere Mit-

glieder Vorschläge einbringen, die via Kantonspräsident zur Geschäftsleitung kommen. Unsere Parlamentarier setzen sich dann dafür ein.

Hat die BDP Luzern zu den Sparbemühungen im Kanton innovative und moderne Lösungen?

Das betrifft unser Wahlprogramm. Deshalb darf ich dazu noch nichts verraten.

Für welche Anliegen setzen Sie sich im Kanton ein?

Für die Themen, die Luzerner beschäftigen: Sparen, Verkehr und Energie. Wir müssen uns jedoch bemühen, dass wir uns Gehör verschaffen können, und wollen nicht zu jedem Thema Stellung nehmen. Wir sind bürgerlich, aber nicht stur bürgerlich.

Haben Sie für die Wahlen 2015 einen Wahlslogan?

Auch diesen kann ich noch nicht kommunizieren. Wir treten ab Neujahr mit unserer Wahlkampagne an die Öffentlichkeit.

Soll die Zusammenarbeit mit der CVP wie auf Bundesebene funktionieren?

Fusionen sind auf Luzerner Ebene kein Thema. Wir beteiligen uns aber in Komitees mit bürgerlichen Parteien. Für uns ist es wichtig, dass wir mit der CVP und anderen Parteien im Gespräch und im Austausch sind.

Und Listenverbindungen?

Ja, wir streben Listenverbindungen an, denn rein mathematisch wäre es alleine schwierig, Sitze zu gewinnen.

THOMAS STILLHART

* Diese Zeitung publiziert eine Interview-Serie mit den Luzerner Parteipräsidenten. Teil 1: CVP, Pirmin Jung (4.9.); Teil 2: FDP, Die Liberalen, Peter Schilliger (11.9.); Teil 3: SVP, Franz Grüter (18.9.); Teil 4: GLP, Laura Kopp (25.9.).

«Die Macht der Exekutive würde gestärkt»

GEMEINDEINITIATIVEN DREI POLITOLOGEN SPRECHEN ÜBER URNENABSTIMMUNGEN STATT GEMEINDEVERSAMMLUNGEN

Mehr Demokratie versprechen die Gemeindeinitiativen, die SVP-Ortsparteien in Geensee, Schenkon und Sursee eingereicht haben. Drei Politologen beurteilen den Kern der Initiativen und äussern ihre Meinung.

Reto Steiner forscht und lehrt am Kompetenzzentrum für Public Management an der Uni Bern. «Dieser Vorstoss ist begrüssenswert und stärkt die Demokratie deutlich», meint er zu den SVP-Gemeindeinitiativen. Steiner findet, dass durch die tiefen Beteiligungen an Gemeindeversammlungen diesem Gefäss die Legitimation als demokratisches Instrument abhanden gekommen sei. «Oft sind die Resultate von Interessen geleitet und zufällig, was ziemlich problematisch ist.»

Die Gesprächskultur ist kritisch
Einziger kritischer Punkt der Urnenabstimmung sei die Gesprächskultur. «Aber auch an Orientierungsversammlungen kann diskutiert werden», führt Reto Steiner aus. Überrascht ist der Gemeindeexperte, dass die SVP diese Initiativen im Kanton Luzern lanciert hat. «Sie hat sonst immer betont, dass die Gemeindeversammlungen ein wichtiger kultureller Ort der Begegnung sind.»

Anders als die Frage nach Gemeindeversammlung oder Urnenabstimmung befürwortet Reto Steiner Gemeindeparlamente für Kommunen ab 7000 Einwohner, weil so die Exekutive besser kontrolliert werden könne und die Repräsentativität gewährleistet sei. «Die Gesamtkosten für das Parlament belaufen sich beispielsweise in Lan-



553 sind für die Urne

SURSEE Am vergangenen Montag deponierte eine Delegation der SVP Stadt Sursee auf der Surseer Stadtkanzlei 553 beglaubigte Unterschriften von Personen, welche die Gemeindeinitiative zur Abschaffung der Gemeindeversammlung unterstützen. Damit konnte während der Sammelfrist von Anfang August bis Ende dieser Woche das erforderliche Quorum von 300 Unterschriften deutlich übertrafen werden. Der Stadtrat hat nun ein Jahr Zeit, über die Gemeindeinitiative zu befinden. Gemäss Stadtschreiber Godi Marbach wird sich der Stadtrat an seiner Klausur im Januar damit befassen und die Initiative entweder zur Annahme oder zur Ablehnung empfehlen oder aber einen Gegenvorschlag vorlegen. Laut der Surseer Gemeindeordnung ist es die Gemeindeversammlung, die über die eigene Abschaffung beschliessen muss. Sie kann die Vorlage aber mit zwei Fünfteln der Stimmen an die Urne überweisen. «Wir hoffen, dass unser Anliegen, dank Urnenabstimmungen mehr Leute an demokratischen Entscheidungen teilhaben zu lassen, beim Stadtrat ankommt», sagte SVP-Ortsparteipräsident Karl Randa. Unser Bild zeigt Komiteemitglied Franz Wechsler, Stadtschreiber Godi Marbach und Ortsparteipräsident Karl Randa (von links) bei der Übergabe der Unterschriften.

TEXT UND FOTO DANIEL ZUMBÜHL

genhal auf 66'000 Franken.» Er ergänzt: «Urnenabstimmungen kosten nicht mehr als Gemeindeversammlungen, wenn man sie mit eidgenössischen Abstimmungen bündelt.»

Kanton Luzern ist ein Sonderfall

Andreas Ladner, Politologe an der Uni Lausanne, sagt, in der Regel stelle sich die Frage Gemeindeversammlung oder Gemeindeparlament (Einwohnerat). «Was von beiden Gefässen demokratischer ist, gleicht einer Wortfechtereie», wertet er. Man könne das eine oder das andere nicht als demokratischer beurteilen. Wer die Urnenabstimmung als direkt demokratischer bezeichne, argumentiere quantitativ. «Es gibt aber auch qualitative Argumente. Die Meinungsbildung ist an Gemeindeversammlungen interaktiver», argumentiert Andreas Ladner und fügt an: «Die Qualität der Debatte kann an Gemeindeversammlungen besser sein.»

Er gesteht jedoch ein, dass die tiefen Beteiligungszahlen an Gemeindeversammlungen ein Problem sind. So bestehe die Gefahr, dass die Politik das Gefühl habe, nicht getragen und gestützt zu werden. Ladner betont, dass bei den Orientierungsversammlungen die Frage der Meinungsbildung genauer angeschaut werden müsste. «Kann man nur über pfannenfertige Vorlagen diskutieren oder über Varianten sprechen?», fragt er. Für den Lausanner Politologen ist jedoch klar: «Die Gemeindeversammlung ist eine günstige Art zu entscheiden. Sie ist partizipativ und funktioniert in vielen Gemeinden.» Andreas Ladner fordert jedoch, dass die Ge-

meindeversammlungen – wo nicht möglich – mit zusätzlichen direktdemokratischen Elementen angereichert werden. «Ein Drittel der Versammlung müsste zum Beispiel erwirken können, dass eine Vorlage nicht in der Versammlung, sondern an der Urne entschieden wird, und gegen Entscheide der Gemeindeversammlung müsste auch ein Referendum ergriffen werden können», schlägt er vor.

Als Kontrollinstanz wichtig

Gar nichts von den SVP-Initiativen hält Daniel Kübler, Politologieprofessor an der Uni Zürich und Direktor des Zentrums für Demokratie in Aarau. «Durch die Abschaffung der Gemeindeversammlungen würde nur die Macht der Exekutive gestärkt», findet Daniel Kübler. Die Gemeindeversammlung jedoch sei als Kontrollinstanz wichtig. Ein Ort, wo über Politik diskutiert, wo argumentiert wird, und wo man Kompromisse schmiede, höre auch zur direkten Demokratie. Logischer wäre wenn schon die Forderung nach einem Gemeindeparlament.

Daniel Kübler sieht in den SVP-Gemeindeinitiativen Parallelen zum Populismus der Partei auf nationaler Ebene. «Sie redet systematisch die politischen Instanzen schlecht.» Ein Beispiel sei der Rücktritt von Christoph Blocher aus dem Nationalrat, den er mit der verplemperten Zeit in Bern begründete. «An Gemeindeversammlungen können alle Bürger teilnehmen und mitdiskutieren. Ob sie diese Freiheit dann auch wahrnehmen wollen, muss ihnen überlassen bleiben», vertritt er.

THOMAS STILLHART